

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

Stoppt den Asylmissbrauch

Seite 2



Hamburger Hafen erhalten

Seite 4



Grundgesetz schützen

Seite 6



Liebe Leser,



Brokstedt, Mannheim, Solingen: Die tödlichen Messerattacken durch Asylbewerber sind das Produkt einer verheerenden Asylpolitik, die mit der unkontrollierten Grenzöffnung 2015 ihren unheilvollen Anfang nahm.

Dieses Erbe von Angela Merkel (CDU) hat die Ampelkoalition, aber auch Rot-Grün in Hamburg mit schlimmen Folgen fortgeführt.

Andere Länder wie Schweden, Dänemark oder auch die Niederlande zeigen, dass es geht. Der politische Wille muss nur vorhanden sein. Deutschland muss endlich den gefährlichen Irrweg der letzten Jahre korrigieren.

Die zumeist illegale Migration nach Deutschland ist das für die Bürger wichtigste Thema. Das zeigt jede Umfrage. Die Altparteien haben komplett versagt und kassieren jetzt an den Wahlurnen im Osten die Quittung dafür.

Die Bundesregierung lenkt nun ein Stück weit ein, aber nur vordergründig. Die nötige Wende bleibt aus. Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte noch vor wenigen Wochen, Grenzkontrollen seien „unmöglich“. Auch Friedrich Merz (CDU) ist plötzlich für eine harte Hand.

Trauen wir den Etablierten nicht mehr über den Weg. Denn es wird bei reinen Lippenbekenntnissen von Faeser und Merz bleiben. Deutschland braucht eine migrationspolitische Zeitenwende! Und die gibt es nur mit der AfD.

Ihr Alexander Wolf
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Migrationswende, jetzt!



Seit 2015 haben eine Vielzahl von Messerattacken und Schießereien Deutschland und Hamburg schwer erschüttert. In der Öffentlichkeit setzt sich zunehmend durch, was die AfD-Fraktion schon immer gesagt hat: Wir müssen die illegale Massenmigration stoppen, denn sie ist die Mutter aller Probleme.

CDU und SPD tatenlos

Die CDU hat die Tore 2015 weit geöffnet und den Bürgern diese Asyl-Katastrophe eingebracht! Und jetzt spielt sich die CDU als großer Kümmerer auf, der die Menschen schützen will. Gleiches gilt für die SPD: Die nun von Frau Faeser verordneten Grenzkontrollen sind das Eingeständnis einer desolaten, einer gescheiterten Asylpolitik. Angesichts katastrophaler Wahlergebnisse sind das nur Wahlkampfmanöver. CDU und SPD hätten längst handeln können!

Rückkehr zur Vernunft

Nur mit der AfD gibt es eine Rückkehr zur Vernunft! Wir fordern eine Wende in der Asylpolitik um 180 Grad. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Die Gewaltkriminalität ist in Hamburg auf einem Rekordhoch. Natürlich sind nicht alle Einwanderer kriminell. Aber: Unverhältnismäßig häufig sind Asylbewerber und Ausländer an Gewaltstraftaten beteiligt.

15-Punkte-Plan der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion legte einen 15-Punkte-Plan vor, der konkrete Lösungen aufzeigt: endlich weitaus mehr Grenzkontrollen, intensive Identitätsprüfungen und rigorose Abschiebungen. Die Zeit für Sonntagsreden ist vorbei. Taten statt Worte! Das Asylsystem ist am Ende, wir brauchen die Migrationswende; und zwar sofort. Im Interesse unseres Landes, im Interesse Hamburgs!

Asylbewerber heimlich auf Heimaturlaub

Nockemann: Asyltourismus stoppen

Seit über drei Jahren herrschen die Taliban wieder in Afghanistan. Täglich kommen vermeintlich flüchtende Afghanen in Deutschland an und beantragen Asyl. Jetzt kommt raus: Tausende Afghanen, die vor den Islamisten nach Deutschland geflohen sind und Asyl erhielten, reisen heimlich in ihre alte Heimat.

AfD-Anfrage zeigt: Senat untätig

Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion über die kürzlich enthüllten Urlaubsreisen afghanischer „Flüchtlinge“ in Hamburg offenbart die unverantwortliche Zurückhaltung des rot-grünen Senats. Laut Senatsantwort sind derzeit 5.867 gültige Reiseausweise für in Hamburg gemeldete afghanische Staatsangehörige im Umlauf. Der Senat räumt selbst ein, dass solche Reisen vorkommen, unternimmt aber nichts, um dieses gravierende Problem anzugehen.

Bürgergeld für fast jeden zweiten Afghanen

Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage bringt ans Licht, dass viele afghanische Staatsangehörige in Hamburg von Sozialleistungen leben. Derzeit leben über 31.000 afghanische Staatsangehörige in Hamburg. Laut Senatsantwort steigt die Zahl der Sozialleistungsbezieher rasant an. Die Zahl der Bürgergeldempfänger im März 2024 lag bei 16.874 Personen – Anfang 2023 waren es noch 9.960. Das entspricht einem Anstieg von fast 70 Prozent.

2023: 190 Millionen Sozialleistungskosten für Afghanen

Die Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld) für Afghanen lagen 2023 bei über 145 Millionen Euro – 2022 waren es noch 111 Millionen Euro. Auch andere Sozialleistungen sind gestiegen. So lagen die Kosten für Asylbewerberleistungen für afghanische Staatsangehörige 2023 bei 19,7 Millionen Euro. Ein weiterer Kostenfaktor sind Transferleistungen nach SGB XII, Kap.4 (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Hier betrugen die Kosten 2023 24,3 Millionen Euro. Für das Jahr 2023 beliefen sich die Sozialleistungskosten für Afghanen auf insgesamt rund 190 Millionen Euro.



AfD will afghanischem Urlaubstrend den Riegel vorschieben

Die AfD-Fraktion will diesem afghanischen Urlaubstrend einen Riegel vorschieben. Der rot-grüne Senat soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dies zukünftig unterbunden wird. Außerdem sollen verstärkte Kontrollen eingeführt werden. Die Hamburger Ausländerbehörden müssen systematisch die Reisepässe und Reisedokumente von Schutzberechtigten auf Ein- und Ausreisestempel in unsichere Herkunftsländer überprüfen. Diese Kontrollen dürfen nicht dem Zufall überlassen werden, sondern müssen

verpflichtend und vor allem auch regelmäßig erfolgen.

Nockemann: Regierung versagt

Der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann ist fassungslos: „Asyl bei uns, aber Urlaub in Afghanistan. Das ist bezeichnend für den Zustand unserer Regierungsbehörden, die hier – politisch motiviert – völlig versagen. Der Asyltourismus muss gestoppt werden. Das Asylsystem ist am Ende, wir brauchen die Migrationswende: Grenzkontrollen, intensive Identitätsprüfungen und rigorose Rückführungen unter anderem auch nach Afghanistan.“

AfD fordert Einheimischensatzung

Wolf: Ortsansässige privilegieren

Bezahlbare Wohnungen und Eigenheime sind in Hamburg Mangelware. Gleichzeitig verstärkt sich die Nachfrage durch die massive, anhaltende und illegale Einwanderung seit 2015. In Hamburg hat sich die Zahl der Baugenehmigungen fast halbiert. Letztes Jahr waren es nur noch 5.400. Allerdings wurden deutlich mehr Sozialwohnungen bewilligt.

Rot-Grün verfehlt Ziel

Der rot-grüne Senat hat sich selbst das Ziel gesetzt, jedes Jahr 10.000 Baugenehmigungen zu erteilen. 2023 wurden mit 5.400 genehmigten Wohneinheiten nur knapp die Hälfte geschafft. Im ersten Halbjahr 2024 ging die Zahl der Baugenehmigungen um ein Viertel zurück. Von Januar bis Juni genehmigten Hamburgs Behörden nur 2.028 neue Wohnungen - ein Rückgang um 26 Prozent. 2024 geht man davon aus,

dass das selbstgesteckte Ziel des rot-grünen Senats wieder nicht erreicht wird.

Investoren zögern

Die Gründe sind explodierende Zinsen, galoppierende Baukosten und fehlende Handwerker. Dadurch sind Investoren beim Neubau erwartungsgemäß zögerlich. Außerdem hemmen die immer weiter angekurbelten Klimaschutzauflagen, aufgeblähte Bauordnung und überbordende Bürokratie die Lust am Wohnungsbau in Hamburg.

AfD schlägt Fördergebietsgesetz vor

Im Rahmen der Wiedervereinigung mit der DDR ermöglichte ein Fördergebietsgesetz zur Behebung der Wohnungsnot befristete Sonderabschreibungen. Diese Steuervorteile mobilisierten Investitionen im Milliardenbereich und kurbelten so den Woh-

nungsbau an. Die AfD-Fraktion forderte im Juni 2024 den Senat auf, dass er sich auf Bundesratsebene für eine Wiederauflage des Fördergebietsgesetzes mit Sonderabschreibungen für Wohngebäude insbesondere in Gebieten mit angespannten Wohnungsmarktsituationen einsetzt.

Einheimischensatzung einführen

Außerdem forderte die AfD im Sommer 2024 den Erlass einer Einheimischensatzung, die bereits in vielen anderen Kommunen erfolgreich etabliert wurde. Die rechtlichen Möglichkeiten, die dem Erwerb von angemessenem Wohnraum durch einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung dienen, müssen mehr genutzt werden. Auf diese Weise können auch Sozialwohnungen bevorzugt an ortsansässige Hamburger Familien vergeben werden. Außerdem sollte die Käuferprovision, die beim Erwerb eines städtischen Grundstücks in Höhe von 2,6 Prozent verlangt wird, gestrichen werden.

Altparteien dagegen

SPD, Grüne, CDU und Linken lehnten die AfD-Anträge ab und bremsen damit den Wohnungsbau weiter aus. Gleichzeitig vertreten die Altparteien mehrheitlich die Auffassung, dass Hamburg Platz habe und immer mehr Migranten aufgenommen werden sollten.

Wolf: Massenmigration führt zu steigenden Mieten

Für den AfD-Fraktionsvizechef sowie Sprecher für Stadtentwicklung Dr. Alexander Wolf unverständlich: „In Hamburg wird Wohnen immer mehr zum Luxus. Die einheimische und ortsansässige Bevölkerung soll beim Wohnraum privilegiert werden. Nur so bleibt Hamburg auch für länger hier Lebende bezahlbar. Gleichzeitig brauchen wir eine Kehrtwende in der Asylpolitik. Wer immer mehr illegale Migranten aufnimmt und gleichzeitig zu wenig Wohnraum schafft, der muss sich nicht über steigende Mieten wundern! Im Übrigen gilt ohne wenn und aber eine einfache Lösung: Abschieben schafft Wohnraum.“



Hafen: Hochumstrittener MSC-Deal

Walczak: Volk sollte letztes Wort haben

Der rot-grüne Senat hat den Schweizer Großreeder Mediterranean Shipping Company (MSC) bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) an Bord geholt. Mit MSC steigt ein Rivale der Hamburger Reederei Hapag-Lloyd und ihrem künftigen Partner Maersk beim wichtigsten Hafengebeter in Deutschlands größtem Seehafen ein.

Opposition verzögert Deal

SPD und Grüne hatten vor der parlamentarischen Sommerpause in erster Lesung für den Teilverkauf gestimmt. CDU, Linke und AfD sorgten dann dafür, dass die endgültige Abstimmung nicht mehr am selben Tag stattfinden konnte. Kurz nach der Sommerpause gab es Anfang September eine hitzige Debatte in der Bürgerschaft. Rot-Grün stimmte mit satter Mehrheit dafür.

Rot-Grün für MSC

SPD und Grüne erhoffen sich durch Investitionen des Reederei-Riesen positive Effekte in schwierigen Zeiten. Der umstrittene Plan sieht Folgendes vor: MSC beteiligt sich mit 49,9 Prozent an der HHLA, die Stadt bleibt bei 50,1 Prozent. Bisher gehörten der Stadt rund 70 Prozent, der Restanteil lag in vielen Händen. Im Gegenzug will die Reederei ihr Ladungsaufkommen an den HHLA-Terminals an 2025 erhöhen und bis 2031 auf eine Million Standardcontainer pro Jahr steigern.

Hafenarbeiter wütend

Die Hafenarbeiter fühlen sich verraten und verkauft. Hier werde wichtiges Tafelsilber verkauft, der ein historischer Fehler sei. Hamburg gebe das Heft des Handels beim Hafen weitgehend aus der Hand. Und man traue der Reederei MSC mit ihren Versprechungen und Zusagen nicht über den Weg. Die Hafenarbeiter fürchten einen zu großen Einfluss von MSC und eine ungewisse Zukunft für die HHLA.

AfD für Volksentscheid

Die AfD-Fraktion forderte einen Volksentscheid, damit die Bürger entscheiden, wie es mit dem Hamburger Hafen weitergehen soll. Es sei eine schicksalhafte Jahrhundertentscheidung. Die Entscheidung dürfe nicht alleine von Politikern in Hinterzimmern getroffen werden.

Walczak: Unsere Stadt, unser Hafen
AfD-Hafenpolitiker Krzysztof Walczak macht sich für die Hafenarbeiter stark: „Wir stehen fest an der Seite der Hafenarbeiter. Es wird immer klarer, dass der Senat mit seinem Vorgehen unsere Stadt spaltet. Die Frage, ob man die HHLA und damit den Hamburger Hafen an eine einzige Schweizer Groß-

reederei kettet, ist für uns Hamburger von so grundsätzlicher Bedeutung, dass das Volk hierzu das letzte Wort haben sollte. Unser Hafen gehört allen Bürgern und nicht nur dem Parlament, folglich müssen auch die Bürger über diese schicksalhafte Frage selbst entscheiden können. Es muss klar sein: Unsere Stadt, unser Hafen!“



Rote Flora floriert

Nockemann: Rote Karte für Extremisten!

Berühmt, berüchtigt und bundesweit bekannt: Die Rote Flora – das rote Nest im Herzen des linken Schanzenviertels.

Linke drohen AfD mit Gewalt

Sie drohen der AfD offen mit Gewalt. Auf einem Großplakat nennen sie „13 Dinge, die du gegen die AfD tun kannst“. An erster Stelle wirbt sie dafür, Wahlkampfmaterial unschädlich zu machen. Daneben wollen sie Infostände stören, Veranstaltungen angreifen und Autos lahmlegen.

Altparteien schweigen – Journalistin applaudiert

Vertreter der Altparteien sind auffallend leise. Bei einigen Journalisten gibt es sogar Sympathien für die linksextreme Plakataktion. Die taz-Redakteurin Katharina Schipkowski äußerte dazu: „Recht haben sie. Und solange die Polizei keine besseren Vorschläge gegen die AfD präsentiert, sollte sie die vorhandenen zumindest stehen lassen.“

Ein Herz für Mörderbande RAF

Zuletzt geriet die Rote Flora im Frühjahr 2024 in die Schlagzeilen. Als die RAF-Terroristin Daniela Klette nach über 30 Jahren verhaftet wurde, erklären die Rotfloristen auf einem Banner: „Solidarität mit Burkhard Daniela Volker“ und „Wir stehen zusammen!“. Bei den Personen handelt es sich um Ernst-Volker Staub, Burkhard Garweg und der festgenommenen Terroristin Daniela Klette. Ihnen wird versuchter Mord und eine Serie schwerer Raubüberfälle zwischen 1999 und 2016 vorgeworfen. Garweg und Staub sind weiterhin flüchtig.

Nach G20-Gipfel: Tatenloser Scholz

2017 hätte man der Roten Flora den Riegel verschieben müssen. Nach den linken G20-Randalen folgten Worte, aber keine Taten. Der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) verkündigte vollmundig: „Klar ist: Die Rote Flora hat jetzt ein Problem – mit Blick auf den Stadtteil und auf die ganze Stadt.“ Weiter sagte er: „Man muss sich künftig sicher sein können, dass in den Räumen der Roten Flora keine Vorbereitungen für militante Aktionen stattfinden.“ Es passierte jedoch, wie bereits in der Vergangenheit, über Jahre hinweg rein gar nichts.

Nockemann: Dichtmachen!

Für den Fraktionschef und innenpolitischen Sprecher Dirk Nockemann ist die Tatenlosigkeit ein Skandal: „Seit 35 Jahren ist die Rote Flora das Mekka für Linksextremisten. Es ist eine Keimzelle für linksextreme Gewalt. Der rot-grüne Senat lässt die Antidemokraten im Schanzenviertel walten, obwohl die fatalen G20-Ausschreitungen 2017 auch aus der Roten Flora orchestriert wurden. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Wer Andersdenkenden mit Gewalt begegnet, muss die volle Härte des Rechtsstaates spüren.“

Infokasten: Rote Flora

Seit 1989 ist sie ein Zentrum der Linksextremisten. Beim G20-Gipfel 2017 war sie eine zentrale Anlaufstelle der linksextremistischen Gewalttäter. Ursprünglich besetzt, ist seit 2014 der

Eigentümer die Lawaetz-Stiftung, die das Gebäude für 820.000 Euro gekauft hat. Sie gehört zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger.

Die **RAF (Rote-Armee-Fraktion)** war eine **linksterroristische** Stadtguerilla, die insbesondere in den **1970er und 1980er Jahren** bundesweit Terror verbreitete.

Insgesamt ist sie für **33 Morde** und mehrere **Sprengstoffattentate** verantwortlich. Der erste **RAF-Mord** geschah übrigens **in Hamburg**.

1971 wurde in Poppenbüttel der Polizist und zweifache Vater Norbert Schmid **erschossen**, als er RAF-Mitglieder festnehmen wollte.



Gratulation Grundgesetz!

Wolf: Abwehrrechte gegen den Staat

Zunächst war es ein Provisorium, dann wurde es zum Definitivum. Seine Grundsätze gelten bis heute und werden gerade und ganz besonders von der AfD hochgehalten!

Geschichte des Grundgesetzes

Das Grundgesetz wurde im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte – Amerikaner, Briten und Franzosen – vom Parlamentarischen Rat in Bonn erarbeitet, von ihnen genehmigt und mit Ausnahme des bayerischen von allen Landtagen in den drei Westzonen angenommen. Die CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag lehnte den Entwurf für das Grundgesetz ab, weil er ihr zu wenig föderalistisch war. Später akzeptierten die Bayern die Verfassung.

Lebendige Demokratie

Viele AfD-Gegner behaupten, die AfD sei verfassungsfeindlich und gegen das Grundgesetz. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Die AfD steht fest auf

dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung! Gerade die AfD ist es, die die Demokratie lebendiger gemacht hat. Sie ist der Lackmустest für die Demokratie in Deutschland.

Demokratie heißt AfD

Im Umgang mit der AfD zeigt sich auch, wie es um die Demokratie bestellt ist. Denn wer Andersdenkende als „Nazis“ diffamiert, um Hass und Gewalt gegen sie zu legitimieren, hat den Pfad des Grundgesetzes längst verlassen. Er ist ein Extremist.

AfD schlägt als neuen Feiertag den 23. Mai vor

In einer Debatte um neue Feiertage schlug die Hamburger AfD-Fraktion den 23. Mai vor. Dieser Tag war 1949 mit der Verkündung des Grundgesetzes die Geburtsstunde der Bundesrepublik. Ein echter Tag zum Feiern also, denn er schlug ein neues rechtsstaatliches Kapitel der deutschen Geschichte auf.

Wolf: Grundrechte nicht verhandelbar

AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf gratuliert dem Grundgesetz: „75 Jahre Grundgesetz sind ein guter Grund zum Feiern. Das Grundgesetz bildet das Fundament, auf dem unser demokratischer Rechtsstaat basiert und das seit 1949 für Stabilität sorgt. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben ein stolzes Erbe hinterlassen, dessen Bewahrung unsere höchste Aufgabe ist. In der Coronazeit haben wir zu spüren bekommen, wie schnell ein Staat übergriffig werden kann. Grundrechte sind auch nicht verhandelbar. Es sind Abwehrrechte der Bürger gegen den zunehmend übergriffigen Staat! Und es gilt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Hamburger AfD-Fraktion sieht sich gerade in Anbetracht der Entwicklungen der letzten Jahre als Hüterin und Schützerin unseres Grundgesetzes.“



Corona: Regierung narrete Bürger Reich: Corona-Politik aufarbeiten

Im Sommer wurden die Protokolle des Robert Koch-Institutes (RKI) durch einen Informanten ungeschwärzt veröffentlicht. Die RKI-Protokolle dokumentieren, was der Covid-19-Krisenstab 2020 bis 2023 überlegt und diskutiert hat.

Lug und Trug

„Wir erleben gerade vor allem eine Pandemie der Ungeimpften - und die ist massiv“ – diese Worte sagte der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am 3. November 2021. In dem RKI-Protokoll vom 5. November 2021 steht: „In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt, Gesamtbevölkerung trägt bei. Soll das in Kommunikation aufgegriffen werden?“

Masken sinnlos

Im RKI-Protokoll steht: „Tragen von Mund-Nasen-Schutz für Bevölkerung bei asymptomatischen Patienten nicht sinnvoll“. Und weiter: „Es gibt keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes, dies könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“ Der Bundesregierung war von Beginn an bewusst, dass es keine begründbare wissenschaftliche Evidenz für eine generelle Maskenpflicht in der Bevölkerung gab. Aber die Bürger wurden ganz bewusst nicht informiert.

Schulschließungen unnötig

Im Protokoll aus dem Dezember 2020 steht, dass Daten aus dem europäischen Ausland zeigen: „Fälle in Schulen treiben das Infektionsgeschehen nicht maßgeblich voran.“ Trotzdem äußerte sich der damalige RKI-Präsident Lothar Wieler ebenfalls im Dezember 2020 wie folgt: „Natürlich ist es so, dass das Geschehen in die Schulen getragen wird. Und auch aus den Schulen rausgetragen wird.“ Die Regierung reagierte und schloss ab Januar 2021 bis auf Weiteres alle Schulen.

Regierung beeinflusste RKI

Eigentlich ist das RKI eine unabhängige Institution. Eigentlich! Denn aus dem RKI-Protokollen geht hervor, dass die Bundesregierung Einfluss nahm.



Dort steht: „Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI von der Politik ist insofern eingeschränkt.“ Politiker mit einer Bankkaufmannlehre wie der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wischten die Wissenschaftlichkeit und Vernunft beiseite. Heute sagt er: „Wir werden uns viel verzeihen müssen.“

Reich: Lückenlose Aufklärung

Für den AfD-Gesundheitspolitiker Thomas Reich ist die Veröffentlichung der RKI-Protokolle ein Meilenstein in der Corona-Aufarbeitung: „Für jeden Bürger ist nun unzweifelhaft zu sehen, dass die Corona-Maßnahmen lediglich politisch gewollt waren. Entgegen der wissenschaftlichen Expertise wurden

Maskenzwang, Impfpflicht und Kontaktsperren verhängt. Die ‚Pandemie der Ungeimpften‘ ist eine Lüge. Die Menschen trugen durch die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen schwerste Schäden davon, Milliarden Euros von Steuergeldern wurden verpulvert. Wir fordern die rückhaltlose Aufklärung dieser Staatsaffäre und die Rückzahlung der Bußgelder, die in diesem Zusammenhang verhängt wurden. Alle Entscheidungsträger, auch auf Hamburger Senatsebene, müssen endlich für ihr Handeln zu Corona-Zeiten zur Verantwortung gezogen werden. Und wir fordern entschlossen den Rücktritt von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD).“

Islamisches Zentrum Hamburg verboten

Nockemann: Kuschelkurs ein Fehler

Das Bundesinnenministerium hat im Juli 2024 das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) verboten. Der Verein verstoße gegen die verfassungsmäßige Ordnung und verbreite antisemitische und antiisraelische Hetze. Zudem hätten Moscheevertreter die Gewalttaten von Terrororganisationen wie der Hamas verherrlicht und terroristische Organisationen wie die Hisbollah unterstützt. Allein in Hamburg wurden laut Medienberichten 30 Objekte durchsucht.

Blaue Moschee an der Außenalster

Seit den 1960er Jahren ist das IZH in der Imam-Ali-Moschee – als Blaue Moschee bekannt – an der Außenalster ansässig. Sie wurde zur Gründungszeit von in Hamburg lebenden iranischen Kaufleuten finanziert und diente als religiöser Anlaufpunkt der in der Hansestadt wohnenden Schiiten. Die Blaue Moschee wurde beschlagnahmt. Der ehemalige Leiter des Zentrums Mo-

hammad Hadi Mofatteh soll nunmehr ausgewiesen werden.

Über 30 Jahre im Verfassungsschutzbericht

Schon im ersten Verfassungsschutzbericht von 1993 wurde das IZH erwähnt, dann tauchte es immer wieder in den Jahresberichten auf. Das IZH hatte sich gegen diese Einordnung gewehrt, es sei kein verlängerter Arm des iranischen Regimes, beteuerten IZH-Vertreter in der Verhandlung. Das Gericht bestätigte hingegen die Überzeugung des Verfassungsschutzes. Das IZH strebe nach einem Export der islamischen Revolution und sei islamistisch.

AfD forderte bereits vor Jahren Verbotverfahren

Die AfD-Fraktion Hamburg fordert seit Jahren ein Verbotverfahren, nicht zuletzt weil das IZH als verlängerter Arm des iranischen Mullah-Regimes gilt und eine zentrale Rolle des Islamismus in Hamburg spielt. Aber Rot-Grün

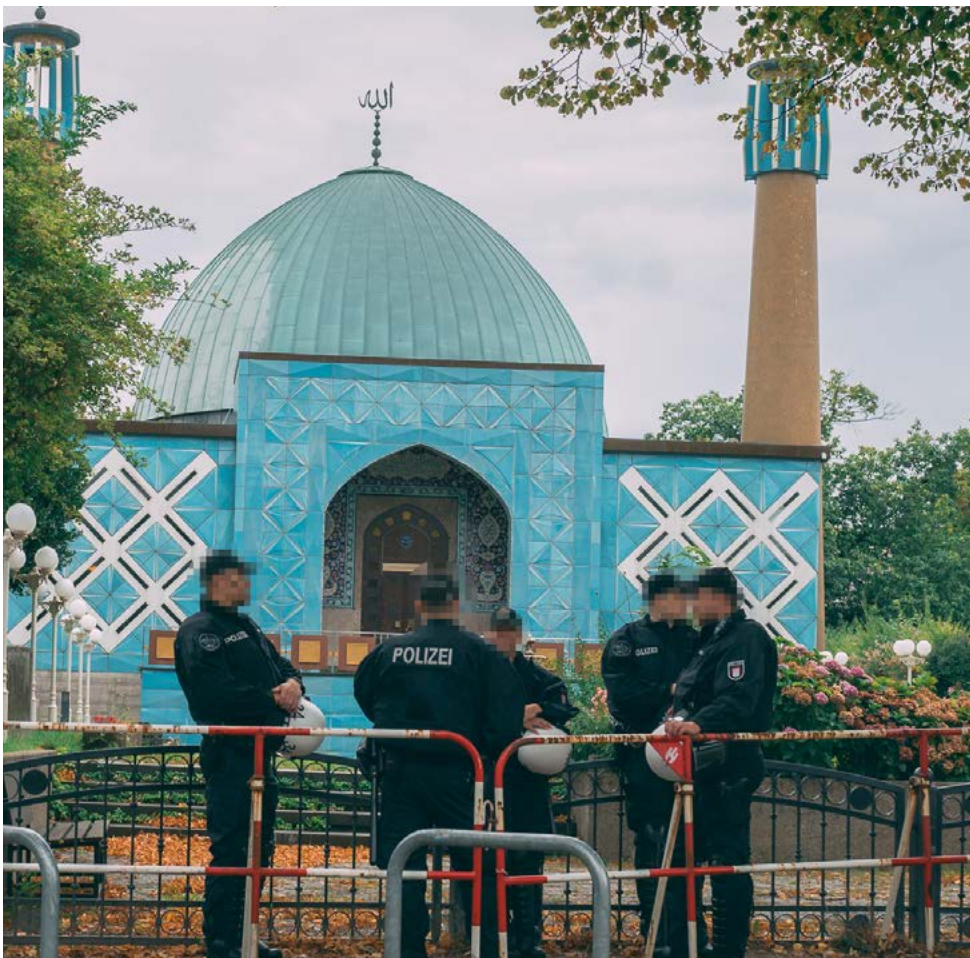
wiegelte damals ab, man müsse ja im Dialog bleiben. Man dürfe die Tür nicht zuschlagen.

Nockemann: Rot-grüner Kuschelkurs ein Fehler

Für den Fraktionschef und innenpolitischen Sprecher Dirk Nockemann ist die jahrelange Untätigkeit ein Skandal: „Seit Jahren forderte die AfD die Schließung der Blauen Moschee. Rot-Grün hat im Kampf gegen den Islamismus geschlafen. Der Kuschelkurs und die Samthandschuhe waren große Fehler.“

Wolf: Hamburg ist ein Mekka für Islamisten

Für den Fraktionsvizechef und islampolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf kommt das Verbot zu spät: „Rot-Grün hat viel zu lange gepennt und den Kopf in den Sand gesteckt. Dass in Hamburg 30 Objekte durchsucht wurden, zeigt deutlich: Hamburg ist ein Hort des Islamismus und das nicht erst seit den Terroranschlägen von 2001.“



Der **wachsende Islamismus** ist eine akute Gefahr. **Ende Mai 2024** gab es in Mannheim einen Messeranschlag auf den **Islamkritiker Michael Stürzenberger**, der schwer verletzt wurde. Ein **Polizist** wurde dabei niedergestochen und starb an den Folgen. **Ende August 2024** kam es zum Messerterror beim „Fest der Vielfalt“ in **Solingen**. Drei Bürger starben, es gab mehrere Schwerverletzte.

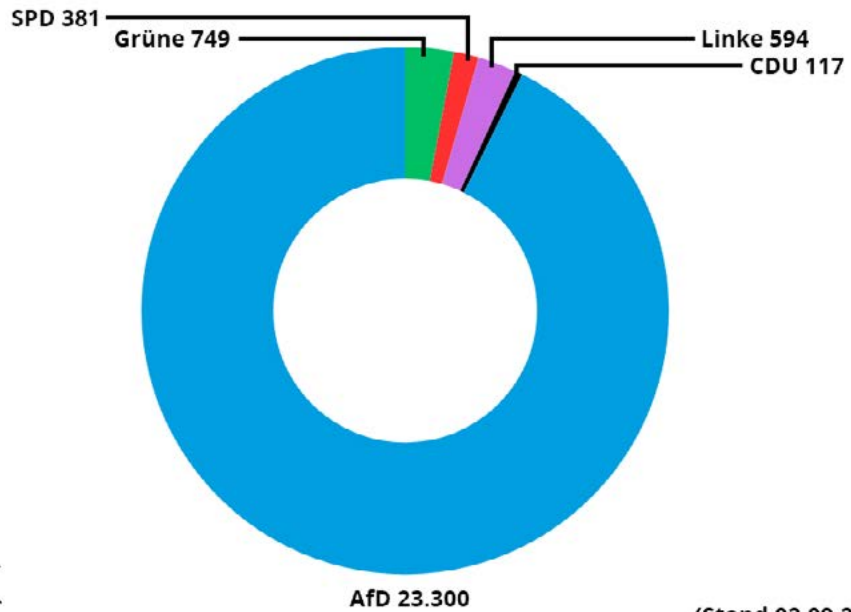
Im **Juli 2017** gab es den letzten islamistischen Terror in Hamburg. In einem Supermarkt erstach **ein Islamist** einen Bürger und verletzte mehrere Menschen lebensgefährlich. Der Hamburger Verfassungsschutz registriert derzeit **1.840 Islamisten**. Das sind fast **doppelt so viele** wie vor zehn Jahren. Damals gab es 955 Islamisten. **Mehr als 1.500** von ihnen gelten als **gewaltorientiert**. Das sind **83 Prozent** aller Islamisten.

Es ist eine Frage der Zeit, bis wieder eine **tickende Zeitbombe** hochgeht.

Soziale Netzwerke: Platzhirsch AfD

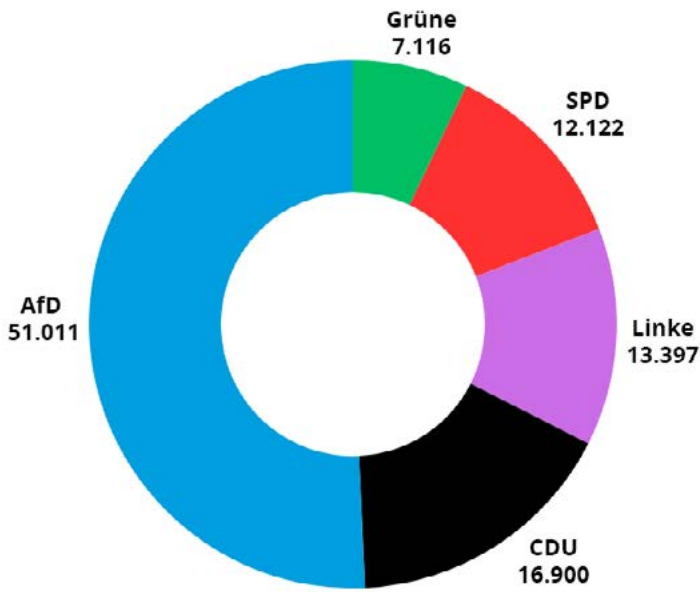
Neben der klassischen Pressearbeit setzt die AfD-Fraktion besonders auf die sozialen Netzwerke. Warum? Die AfD wird in den etablierten Medien systematisch ausgegrenzt bzw. tendenziös behandelt. Deshalb muss die AfD auf eine breite Gegenöffentlichkeit setzen. Und der Erfolg der AfD-Fraktion in den sozialen Netzwerken spricht für sich!

YOUTUBE



(Stand 02.09.2024)

FACEBOOK



(Stand 02.09.2024)

Beachtliches Wachstum

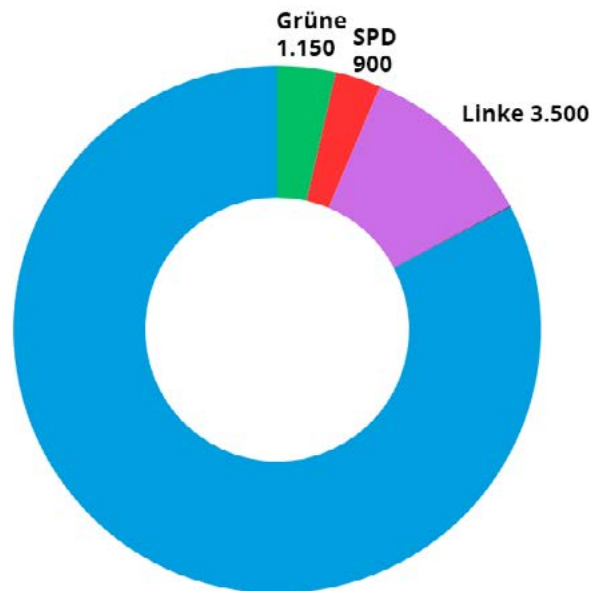
Seien es Facebook, Instagram, YouTube, TikTok, Telegram oder X (ehemals Twitter): In wenigen Jahren konnte Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft auf all ihren Plattformen im Vergleich zu den anderen Fraktionen auf dem ersten Platz landen. Denn anders als in Zeitungen und Nachrichtenportalen können hier unsere Inhalte und Forderungen ungefiltert und ohne Manipulationsversuche konsumiert werden!

Nicht einmal die Presse kann es leugnen!

Sogar die Mainstreampresse zollt der AfD: Facebook, Insta, TikTok: „So dominiert die AfD das Internet“ (Hamburger Abendblatt), „Hamburgs AfD ist eine TikTok-Macht: So punkten die Rechten bei jungen Wählern“ (Hamburger Morgenpost).

Wir sagen: Recht haben sie!

TIKTOK



(Stand 02.09.2024)

Illegale Migration nach Deutschland steigt drastisch

An den EU-Außengrenzen wurden 2023 so viele illegale Grenzübertritte registriert wie seit 2016 nicht mehr. Besonders betroffen ist Deutschland. Das Bundeskriminalamt verzeichnete in Deutschland über 266.000 unerlaubt Eingereiste bzw. Menschen mit unerlaubtem Aufenthalt – das ist ein Anstieg um über 33 Prozent im Vergleich zu 2022.

Für AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das eine fatale Entwicklung: „Rot-Grün und Gelb tragen die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung. Unvermindert hohe finanzielle Anreize und so gut wie keine Abschiebungen – mit dieser haarsträubenden, verantwortungslosen Politik lockt Rot-Grün immer mehr Illegale nach Deutschland und Hamburg. Wir fordern: Eine Kehrtwende in der Asylpolitik tut not – im Interesse unseres Landes und unserer Bürger. Der Senat muss jetzt handeln, die Zeit für Sonntagsreden ist vorbei. Taten statt Worte. Das Asylsystem ist am Ende, wir brauchen die Migrationswende: Grenzkontrollen, intensive Identitätsprüfungen und rigorose Abschiebungen.“

AfD-Anfrage zeigt: Neun Islamisten im öffentlichen Dienst

Eine AfD-Anfrage deckt auf, dass seit 2022 neun Islamisten im öffentlichem Dienst tätig wurden bzw. waren. 2022 waren dies lediglich vier Personen. Laut Senatsantwort wurden bei sieben tarifbeschäftigten Personen Kündigungen ausgesprochen. Bei jeweils einer Person im Beamtenverhältnis auf Widerruf und einer Person im Beamtenverhältnis auf Probe wurden Verfahren zur Prüfung der Sachlage und gegebenenfalls Entlassung eingeleitet. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Die Zahl der Islamisten in Hamburg steigt. Der Verfassungsschutz zählt 1.840 Islamisten, 83 Prozent aller Islamisten gelten in Hamburg als gewaltorientiert. 2014 waren es noch 955 Islamisten.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist die Entwicklung besorgniserregend: „Die Unterwanderung durch Islamisten im öffentlichen Dienst nimmt zu. Mag die Zahl gering erscheinen, zeigt es dennoch die schlechende Zunahme islamistischer Personen in Hamburgs Behörden. Die AfD warnt seit Jahren vor dem Islamismus.“

Das Anti-Gender-Volksbegehren ist

Anti-Gender-Initiative ist gescheitert

gescheitert. Inmitten der Sommerferien musste die Initiative 66.000 Unterschriften sammeln. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Die Initiative macht den rot-grünen Senat verantwortlich. Entgegen anderer Initiativen wurde der Anti-Gender-Initiative erstmals in der Geschichte Hamburgs keine Zeitraumverschiebung eingeräumt. Auch die Organisation des Volksbegehrens seitens der Behörden sei mangelhaft gewesen.

Im Sommer 2023 startete die Volksinitiative mit der Übergabe von 16.000 Unterschriften im Rathaus sehr erfolgreich. Das Volksbegehren war der zweite Schritt in dem Verfahren gewesen, das bei Erreichen der nötigen Unterschriften den Weg zu einem Volksentscheid freigemacht hätte.

Für den AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das leider keine Überraschung: „Das Scheitern der Anti-Gender-Volksinitiative ist sehr bedauerlich, doch angesichts der Umstände nicht überraschend. Die Blockade von Rot-Grün war undemokratisch und offenbart ein massives Demokratiedefizit.“

Nicht nur Kaffee holen und kopieren: Praktikanten gesucht!

Die AfD-Fraktion bietet engagierten und aufgeschlossenen Studenten die Möglichkeit eines Vollzeit-Praktikums in der Geschäftsstelle der Hamburger AfD-Fraktion.

Tätigkeiten:

- Allgemeine Organisation
- Referenzarbeit
- Pressearbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Mitverwalten unserer sozialen Netzwerke

Bewerbungen (Motivationsschreiben, Foto, Lebenslauf, Zeugnisse und Angaben zum Studium) senden Sie bitte an info@afd-fraktion.hamburg.de oder
AfD-Fraktion Hamburg | Fraktionsgeschäftsführer |
Schmiedestraße 2 | 20095 Hamburg



AfD fordert Veteranentag für Hamburg Schulz: Soldaten würdigen



Der 15. Juni ist nationaler Veteranentag. Am 25. April 2024 beschloss der Deutsche Bundestag: „Für eine umfassende Wertschätzung – Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern“. Damit sollen der Einsatz und der Dienst aktiver und ehemaliger Bundeswehrsoldaten gewürdigt werden. Alle Bundesländer werden aufgerufen, sich fortan in geeigneter Weise an der Durchführung zu beteiligen.

AfD für eine sichtbare Armee

Die AfD-Fraktion Hamburg forderte im Juni 2024 den rot-grünen Senat dazu

auf, dem im Bundestag beschlossenen Antrag Folge zu leisten und zusammen mit dem Landeskommmando Hamburg einen Veteranentag – erstmalig für 2025 – zu planen und umzusetzen. Dieser soll dabei nicht ausschließlich, wie leider häufig, versteckt innerhalb der Bundeswehrliegenschaften erfolgen, sondern unter Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur in die Mitte des gesellschaftlichen Lebens unserer Hansestadt getragen werden. Die AfD will die Armee in unserem Land sichtbar machen und dafür Sorge tragen, dass die Bundeswehr als fester Teil unserer Gesellschaft akzeptiert wird.

2022: AfD forderte öffentliche Appelle
2022 fordert die AfD-Fraktion bereits in einem Antrag, dass die Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr eingeladen werden soll, die alljährliche Beförderung der Offiziersanwärter zu Offizieren künftig auf dem Hamburger Rathausmarkt durchzuführen.

Die Altparteien lehnten beide AfD-Anträge ab.

Der AfD-Abgeordnete Marco Schulz, selbst Offizier der Bundeswehr, übt scharfe Kritik: „Die Altparteien schicken unsere Streitkräfte mehrheitlich für fremde Interessen von einem Kriegsschauplatz zum nächsten, aber gleichzeitig versteckt man unsere Soldaten im eigenen Land hinter Kasernenmauern. Der nationale Veteranentag würdigt den Dienst, Einsatz und die Leistungen der Bundeswehrangehörigen, die im Einsatz dienten und leider auch fielen! Der Dienst für das Vaterland ist von höchster Bedeutung. Im Vergleich zu den Altparteien, welche sich offensichtlich nur in Zeiten fremder Kriege für unsere Streitkräfte interessieren, tritt die AfD seit ihrer Gründung beständig für die Interessen und Stärkung unserer Streitkräfte ein. Als Hamburger Standort und mit mehreren tausend Bundeswehrsoldaten wollen wir vorangehen und unseren Beitrag für einen künftigen Veteranentag leisten. Wir wollen ein Zeichen setzen und auch für kommende Generationen eine Vorbildfunktion einnehmen.“

1989 war Hamburg mit **21.000 Soldaten**, aufgeteilt auf **zehn Kasernen**, nach Koblenz **zweitgrößter Bundeswehrstandort Deutschlands**. Heute ist hiervon nur noch ein Teil in militärischer Nutzung. Viele der alten Kasernen wurden zu Wohnsiedlungen umgebaut.

Die Bundeswehr ist in Hamburg mit **20 Dienststellen** – darunter auch kleinere Liegenschaften – vertreten und beschäftigt **6.500 Soldaten und zivile Mitarbeiter**. In Hamburg gibt es keine Kampftruppe, keine Panzer und keine Flugzeuge.

Seit der Grenzöffnung durch Merkmals CDU-geführte Bundesregierung im Jahre 2015 kamen mehrere Millionen Migranten nach Deutschland und über 100.000 nach Hamburg.

Der überwiegende Anteil ist jung, männlich und muslimisch. Die Politik der illegalen Einwanderung wird von der Ampel-Regierung fortgeführt – mit unermesslichen Folgen für unsere Gesellschaft.

Jetzt unser Flugblatt zum Migrationsnotstand in Hamburg entweder auf unserer Netzseite unter www.afd-fraktion-hamburg.de einsehen oder aber kostenlos unter info@afd-fraktion.hamburg.de anfordern!



Rot-Grün lässt die innere Sicherheit erodieren – insbesondere die Gewaltkriminalität steigt! Immer mehr Regionen in der Stadt, etwa St. Pauli, der Hauptbahnhof, der Hansaplatz oder der Steindamm werden nach und nach zu No-go-Areas. Die von Rot-Grün eingeführten Alkohol- und Waffenverbotszonen sowie mehr Polizei und Videoüberwachung sind reine Symptombekämpfung.

Jetzt unser Flugblatt zur Kriminalitätslage in Hamburg entweder auf unserer Netzseite unter www.afd-fraktion-hamburg.de einsehen oder aber kostenlos unter info@afd-fraktion.hamburg.de anfordern!





Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz,
Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parl. Geschäftsführer und Mitglied in folgenden
Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammen-
arbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein,
Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen Digitales, Europa, Anti-
diskriminierung, Innovation, Tourismus, Medien, Verbraucherschutz,
Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration,
Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte,
Datenschutz, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Detlef Ehlebracht

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

D_Ehlebracht@outlook.de

Zahlen statt Worte



39.000

offene Ermittlungsverfahren sind derzeit bei der Hamburger Staatsanwaltschaft anhängig. Das ist eine Zunahme von 70 Prozent gegenüber 2021.

Quelle: ndr.de



Fast 73 Prozent

der Bürgergeldempfänger in Hamburg besitzen einen Migrationshintergrund.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



7,5 Milliarden

Euro gibt die Stadt Hamburg für ihr Personal aus. Knapp 70.000 Menschen stehen in ihren Diensten. Tendenz steigend.

Quelle: Personalbericht des Senates



21 Menschen

ertranken 2023 in Hamburg. 2022 waren es nur 10 Personen.

Quelle: Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)



Rund 21.000

Wohngeldempfänger gibt es in Hamburg. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat sich innerhalb eines Jahres somit verdoppelt.

Quelle: Statistikamt Nord



Mehr als 25.600

Anträge auf Einbürgerung wurden eingereicht. 2023 ließen sich über 7.500 Migranten einbürgern. Das war bereits ein Rekord, der 2024 wohl deutlich gebrochen wird.

Quelle: Amt für Migration



Mit 272.970 Schülern

beginnt das neue Schuljahr 2024/25. Das ist ein neuer Rekord.

Quelle: Schulbehörde



53 Storchepaare

zogen im Jahre 2024 insgesamt 113 Jungstörche auf. 2023 waren es 104 Jungtiere – ein neuer Höchststand!

Quelle: Nabu Hamburg

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

NDR (20.08.2024): Rote Flora: Umstrittenes Plakat wieder aufgehängt - und erneut übermalt

Der Hamburger AfD-Chef Dirk Nockemann sagte NDR 90,3: „Wir lassen uns nicht einschüchtern, der Linksextremismus muss endlich mit derselben Härte bekämpft werden wie der Rechtsextremismus.“ Die Rote Flora hätte längst geräumt sein müssen, so Nockemann.

NDR (02.08.2024): Wasserschaden: „Haus der Erde“ in Hamburg wird noch später fertig

Die Eröffnung eines zentralen Hamburger Uni-Neubaus wird erneut verschoben. Das „Haus der Erde“ am Schlump hat einen massiven Wasserschaden erlitten. Die 400 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie 2.000 Studierende müssen sich mindestens ein weiteres Semester gedulden. Die AfD bezeichnet das „Haus der Erde“ als „rot-grünes Millionengrab“. Alexander Wolf hält fest: „Das ist bitter für den Wissenschaftsstandort Hamburg.“

Junge Freiheit (26.07.2024): So viel geben allein Hamburgs Universitäten für Gender-Projekte aus

Die Hamburger Universitäten haben seit 2023 rund 1,2 Millionen Euro für Gender-Forschung ausgegeben. Die AfD reagierte mit Kritik auf die Kosten. „In Hamburg beschäftigen sich acht Professoren im Rahmen ihrer Tätigkeit mit Gender-Studies. Hinzu kommen absurde Projektförderungen von der gendergerechten 'Kontextualisierung griechischer Mythenbilder' über 'Queer Health Apptivism' bis hin zur 'Sichtbarmachung non-binärer Genderdarstellungen in literarischen Texten', monierte der stellv. Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf. „Schluss mit dieser linksgrün-roten Umerziehung von oben!“

Welt (25.07.2024): „Für trans-, inter- und nicht-binäre Menschen bricht ein neues Zeitalter an“

Eine Anfrage der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft ergab kürzlich, dass es unter den 1.964.021 Hamburgerinnen und Hamburgern derzeit 40 diverse Personen gibt. Damit liege der prozentuale Anteil der Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ bei 0,0020 Prozent. „Unser Land zeichnet sich dadurch aus, auch die kleinste Minderheit in ihren Rechten und ihrer Selbstbestimmung zu schützen“, betont der sozialpolitische Sprecher der AfD, Marco Schulz. Allerdings rechtfertigten weder Grundgesetz noch die offensicht-

lich marginale Anzahl von diversen Personen, „den seit Jahren von Rot-Grün aufgeführten Popanz“.

Hamburger Abendblatt (23.07.2024): Appell an Firmen: „Geben Sie Geflüchteten eine Chance“

Aus Sicht von AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist der Aufwand trotzdem unnötig. Wer sich als Flüchtling in den Arbeitsmarkt integrieren wolle, der habe viele Chancen, sagte Nockemann. „Dafür braucht es keine x-te kostspielige Kampagne. Der rot-grüne Senat wäre besser beraten, die Gelder in Abschiebebestrebungen zu stecken.“

NDR (16.07.2024): Hamburgs Innensenator Grote begrüßt „Compact“-Verbot

Kritik an dem Verbot kam derweil von der Hamburger AfD. „In Deutschland nehmen die besorgniserregenden autoritären Tendenzen weiter zu“, sagte der medien- und verfassungspolitische Sprecher der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Krzysztof Walczak. „Wenn in Faesers Deutschland jetzt sogar Presse verboten wird, dann werden die Unterschiede zu autoritären Systemen wie zum Beispiel Putins Russland immer geringer.“

dpa (01.07.2024): Neue Hebesätze für Grundsteuer – Hamburger Reform im Konsens

Auch die AfD-Fraktion monierte das lange Warten auf die Bescheide. „Die AfD setzt sich klar für die Abschaffung sowohl der Grund- als auch der Grunderwerbssteuer ein“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Reich.

Welt (17.06.2024): Mehr als die Hälfte der Hamburger Gefangenen sind Ausländer

AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann kritisierte in einer Mitteilung die hohen Kosten für ausländische Gefangene, die sich nach seiner Berechnung im Jahr 2022 auf über 80 Millionen Euro summierten. „Ausländische Straftäter haben in unserem Land nichts verloren – Abschiebungen müssen daher noch konsequenter und schneller vollzogen werden“, forderte Nockemann.

Freilich (08.06.2024): Fliegt die Sylt-Urlauberin wegen „Ausländer raus“-Gesang von der Uni?

Jetzt erklärt der Hamburger Senat in einer Antwort auf Anfrage des AfD-Politikers Krzysztof Walczak, das Hausverbot gegen die Studentin diene dem Schutz des „Betriebsfriedens an der HAW“. AfD-Politiker Walczak sprach von einer „mittelalterlichen Hexenjagd“ und von drohender „Antifa-Gewalt“ gegen die Studentin.

Die Parole „Ausländer raus“ sei zwar geschmacklos, aber nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von der Meinungsfreiheit gedeckt.

dpa (03.06.2024): Innensenator: Rechtsextremismus größere Bedrohung als Islamismus

Grote beschwöre „gebetsmühlenartig“ den Rechtsextremismus als größte Gefahr für unsere Gesellschaft, kritisierte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Die Zahlen des Verfassungsschutzes sprächen aber eine eindeutige Sprache: „Islamische Extremisten sind eindeutig die größte Gefahr für unsere Demokratie.“

Bild (31.05.2024): Geld-Zoff um Hamburgs Politiker

Hamburgs AfD-Bürgerschaftsfraktion ist auf Zinne. Marco Schulz (30): „Dreist! Sich derart schamlos die Taschen selbst vollzustopfen, ist unverschämt. Es kann nicht sein, dass Fraktionsvorsitzende eines kommunalen Verwaltungsgremiums, welches ausschließlich in den Abendstunden tagt, mit dann über 3000 Euro mehr erhalten als ein durchschnittlicher Hamburger Arbeitnehmer.“

dpa (06.05.2024): AfD klagt vor Verfassungsgericht gegen Innensenator Grote

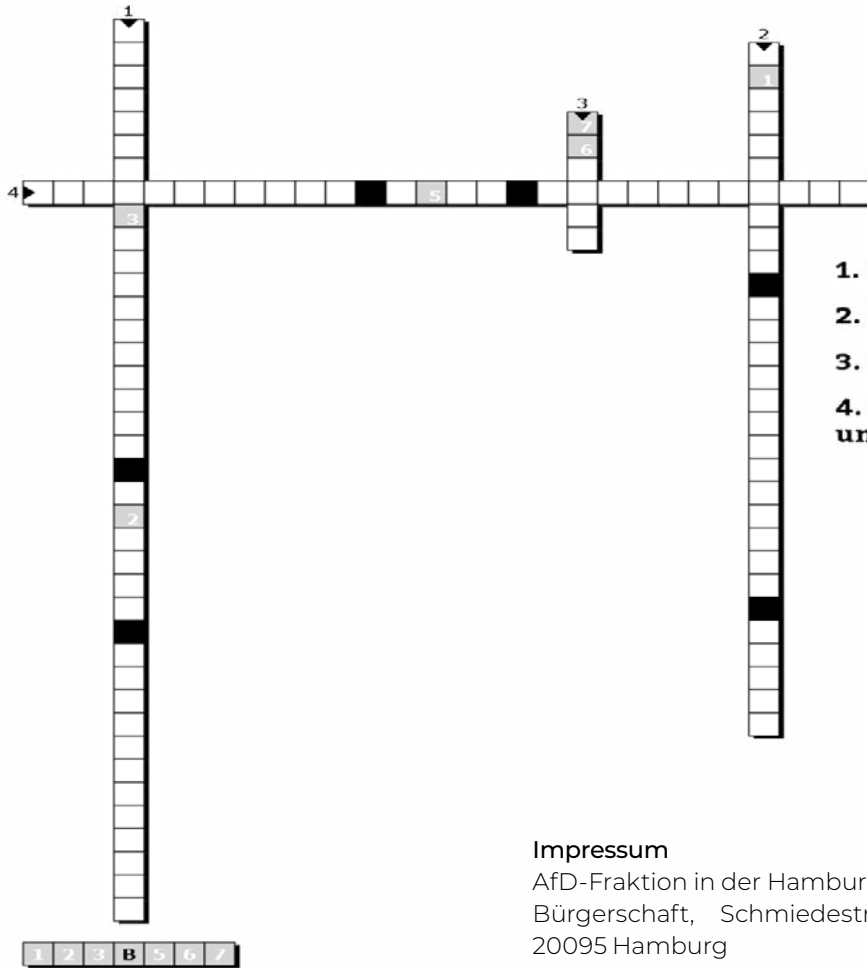
Inhaltlich gehe es um eine Äußerung Grotes während einer Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft, in der er der AfD eine Relativierung des Holocaust vorwarf, teilte die AfD-Fraktion am Montag mit. „Grotes Kampf gegen die kleinste Opposition ist nicht nur unzulässig, er ist vor allem auch undemokratisch“, sagte der stellvertretende Fraktionschef Alexander Wolf. „Diese gravierende Neutralitätsverletzung muss Konsequenzen haben“, forderte Wolf.

Junge Freiheit (03.05.2024): AfD-Hass auf dem Schulhof: Grundschüler skandieren linke Parolen

„Ganz Hamburg hasst die AfD“, scheppert es über den Schulhof einer Hamburger Grundschule. Anwohner filmen die Szenen und wenden sich an die Partei. Ihr Fraktionsvizechef und schulpolitischer Sprecher Alexander Wolf wiederum fragt beim Hamburger Senat nach: Was ist vorgefallen und wie konnte es überhaupt dazu kommen? Der Senat bestätigt nun den Vorfall. „In diesem Land läuft gewaltig etwas schief, wenn achtjährige und neunjährige Kinder manipuliert und zu Hass gegen eine politische Partei aufgehetzt werden“, sagt der zweifache Vater der JF. „Das macht einen sprachlos.“

Wie gut kennen Sie parteipolitisch aus? Machen Sie mit bei unserem Quiz!

Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!



1. Ehemalige Partei für Arbeiter?
2. Ehemalige Partei für Konservative?
3. Ehemalige Partei für Frieden?
4. Heutige Friedenspartei für Arbeiter und Konservative?

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

1. Dezember 2024.

Unter den richtigen Einsendern

entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 1, 2, 3, 7, 10 und 11 befinden
sich Darstellungen, die unter Zuhilfe-
nahme künstlicher Intelligenz generiert
worden sind.

Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

20. September 2024

Verantwortlich im Sinne des Presse-
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

[✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren
Newsletter:

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](https://afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

[✉ info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de](https://afd-fraktion-hamburg.de)

[f facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

[t twitter.com/AfD_Fraktion_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

[@ youtube.com/c/AfDFraktionHamburg](https://youtube.com/c/AfDFraktionHamburg)

[📺 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

